

Zürich

Familienvorlagen mit den falschen Absendern

Analyse Die kantonalen Volksinitiativen für höhere Kinderzulagen und für mehr Prämienverbilligungen haben beide weniger als 40 Prozent Zustimmungen erhalten. Ausschlaggebend waren drei Gründe.

Pascal Unternährer

Die beiden Volksinitiativen hatten nicht den Hauch einer Chance: Die Zürcher Stimmbewölkerung hat beiden Vorstössen eine klare Abfuhr erteilt. Die EDU-Initiative «Mehr Geld für Familien» erreichte einen Ja-Anteil von 38,5 Prozent, die Initiative «Raus aus der Prämienfalle» der Mitte sogar nur 36 Prozent.

Die Familieninitiative wollte die Kinderzulage um 50 Prozent erhöhen, also von monatlich 200 auf 300 Franken für Kinder bis 11 Jahre, von 250 auf 300 Franken für 12- bis 15-jährige und von 250 auf 375 Franken für Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung bis 25 Jahre. Berappt worden wäre dies durch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, welche insgesamt zusätzliche 340 Millionen Franken an die Väter und Mütter hätten auszahlen müssen.

Die Prämieninitiative wiederum forderte, den kantonalen Anteil an den Prämienverbilligungen von 80 auf 100 Prozent des Bundesbeitrags zu erhöhen – so wie es vor 2012 war. Dieses Jahr wären bei einem Ja statt 979 Millionen rund 1020 Millionen Franken an Menschen mit keinem oder geringem Einkommen gegangen, um die hohe Prämienlast abzumildern.

Erstauslich ist, dass die Initiativen auch in den linken Grossstädten Zürich und Winterthur abgelehnt wurden, obwohl SP, Grüne und AL sie befürworteten. Nur in den Kreisen 3, 4+5 sowie 12 erzielten sie ein positives Resultat. Und auch auf dem Land, wo die Familiendichte höher ist, und in Gemeinden, in denen die EDU stark ist, gab es eine Abfuhr für die Initianten der Familieninitiative.

Und dies, obwohl sich der Kanton in beiden Bereichen eher knausrig zeigt. In den Wirt-



schaftskantonen Basel-Stadt und Genf profitieren Prämienzahler und Familien von grosszügigeren Bedingungen.

Die Ablehnung der sozialen und familienpolitischen Vorlagen dürfte drei Gründe haben.

Erstens waren die Absender der beiden Initiativen zu wenig machtvoll und haben es nicht geschafft, einen richtigen Abstimmungskampf zu lancieren und ihre kurzzeitigen Verbündeten zu mobilisieren. Eine Initiative der evangelikalischen EDU mit ihrem supertraditionellen Familienmodell? Da kann etwas nicht stimmen,

dachten sich wohl auch viele Linke. Zudem gibt es im Kanton Zürich wohl schlicht zu wenige Familien mit jüngeren Kindern, um ein stimmenmässiges Übergewicht zu schaffen. Eine soziale Prämienvorlage der CVP (jetzt Die Mitte), die als selbst ernannte Familienpartei handkehrum die höheren Familienzulagen nicht befürwortete? Und die auch im Regierungsrat mit seiner SP-Grünen-Mittelmehrheit abgelehnt wurde? Auch das schien wohl einigen suspekt.

Zweiter Grund ist das Geld. Seit Beginn der Corona-Pandemie

kursieren unheimlich grosse Zahlen, wenn es darum geht, die Krise abzufedern. Milliarden sind die neuen Millionen. Da liegt es nahe, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger irgendwann sagen: Jetzt ist Schluss mit Solidarität, bewältigen wir zuerst die Corona-Turbulenzen, bevor wir die Geldschleusen weiter öffnen.

Die höheren Familienzulagen hätten das Gewerbe eine stolze Summe gekostet, auch wenn die Zürcher Wirtschaft bisher weniger an die Familien ausrichten musste als jene in den meisten anderen Kantonen.

Trotzdem schien es nicht opportun, die Unternehmen, die mit den Folgen von Corona zu kämpfen haben, jetzt stärker zu belasten.

Das Zürcher Stimmbolk schonte auch den Staat, der irgendwann weniger Steuern einnehmen wird. Fast eine Milliarde Franken zahlen Bund und Kanton Zürich an Menschen, die ihre Krankenkassenprämien kaum oder nicht bezahlen können. Das muss reichen, lautet das Verdikt. Den Gegnern der Initiative hat auch geholfen, dass der Kanton seit zwei Jahren nicht das Minimum von 80 Prozent

des Bundesbeitrags für Verbilligungen ausschüttet, sondern 92 Prozent.

Der dritte Grund ist profan. Die Stimmmenden hatten über viele ungewöhnlich wichtige eidgenössische Vorlagen zu entscheiden, welche auch fast die gesamte Medien- und Werbeaufmerksamkeit auf sich gezogen haben.

Die blauen Zettel mit den kantonalen Fragen hatten den «Ah, die gibts ja auch noch»-Touch. Zudem stand «Volksinitiative» drauf. Ablehnen ist in diesen Fällen oft der erste Reflex.

Für Bürgerliche ein Votum, die KMU zu schonen

Familienvorlagen Die Gegner freuen sich, die Befürworter wollen nun anders helfen.

«Ein schwarzer Tag für Familienpolitik», schreibt die Partei Die Mitte in einer Mitteilung. «Ein Fiasko für die Zürcher Linke und die Mitte», heisst es bei der SVP.

Die Kinderzulagen im Kanton Zürich werden ebenso wenig erhöht wie die Verbilligung von Krankenkassenprämien für Geringverdienende. Selbst die Stadt Zürich sagte Nein zu den beiden Vorlagen – wenn auch sehr knapp.

«Es sieht nicht gut aus», sagt SP-Kantonsrat Thomas Marthaler, als er die ersten Hochrechnungen sieht. Er klingt gefasst. Der Stadtzürcher Friedensrichter, Vater von vier Kindern, war einer der auffälligsten Befürworter der Erhöhung der Kinderzulagen. Mit der Ablehnung habe man rechnen müssen, weil alle grossen bürgerlichen Parteien dagegen waren, meint er.

Dann macht er eine Ansage: «Man wird Familien auf anderem Weg stärken müssen, etwa mit Ergänzungsleistungen für Familien.» Es geht darum, analog zur AHV, Unterstützungsgeld zu zahlen, damit keine Familie unter dem Existenzminimum leben muss. Eine Vorlage dazu ist derzeit im Kantonsrat hängig. Auch die Mitte hat ihre Zustimmung signalisiert. Zudem hat die SP eine nationale Initiative eingereicht, welche fordert, dass man nicht mehr als 10 Prozent des Einkommens für Krankenkassenprämien bezahlen darf. «Dann können die Bürgerlichen zeigen, ob sie bereit sind, Familien zu unterstützen, damit Kinder nicht zur Armutsfalle werden», sagt Marthaler.

Enttäuscht ist Lorenz Schmid, Mitte-Kantonsrat aus Männedorf, Apotheker und Initiant der

Prämieninitiative. «Es ist uns nicht gelungen, die Solidarität der Besserverdienenden mit den Wenigverdienenden abzurufen», sagt er. Das Problem der starken Prämienbelastung für Menschen mit niedrigem Einkommen bleibt aber bestehen.

Genug belastet durch Corona

Auf der Gegenseite freut man sich. «Das Nein ist eine Bestätigung für uns, dass man Unternehmen, vor allem KMU, nicht noch zusätzlich belasten soll, sie sind jetzt schon unter Druck wegen der Covid-Geschichte», sagt Jörg Kündig, FDP-Kantonsrat und Treuhänder aus Gossau. Worauf er anspielt: Die Kinderzulagen werden durch Abgaben der Arbeitgeberin finanziert.

Ist es aus Sicht der FDP nötig, Familien zu unterstützen? Jörg

Kündig erwidert, seine Partei sei dagegen, Geld an Familien zu zahlen. «Wir müssen das Tagesangebot verbessern, damit beide Elternteile arbeiten können und ein höheres Einkommen erzielen.» Dann spricht Kündig noch davon, den Steuerabzug bei den Kosten für externe Kinderbetreuung zu erhöhen.

Während die SVP das Resultat «mit Genugtuung zur Kenntnis» nimmt, freut sich auch SP-Regierungsrat Mario Fehr. «Die Regierung hat drei von drei Vorlagen gewonnen», sagt er (Geldspielgesetz, Prämien- und Kinderzulageninitiative). Aber er sagt auch: «Wir sind nach wie vor offen für bedarfsgerechte Hilfe für Familien – dort, wo sie gebraucht wird.»

Familieninitiative

Stadtkreise	Ja	Nein	% Ja
Kreis 1+2	6'086	6'811	47,2
Kreis 3	8'216	7'103	53,6
Kreis 4+5	7'218	5'965	54,8
Kreis 6	6'000	6'291	48,8
Kreis 7+8	7'885	11'490	40,7
Kreis 9	7'729	8'375	48,0
Kreis 10	7'117	7'633	48,3
Kreis 11	8'806	9'642	47,7
Kreis 12	3'619	3'173	53,3

Bezirke	Ja	Nein	% Ja
Affoltern	7'533	14'274	34,5
Andelfingen	4'608	9'970	31,6
Bülach	15'938	30'280	34,5
Dielsdorf	9'202	18'481	33,2
Dietikon	8'493	15'715	35,1
Hinwil	13'046	22'679	36,5
Horgen	14'022	27'620	33,7
Meilen	11'943	28'023	29,9
Pfäffikon	8'065	15'653	34,0
Uster	16'317	28'875	36,1
Winterthur	25'800	38'252	40,3
Zürich	62'676	66'483	48,5
Kanton	197'643	316'305	38,5

Stimmbeteiligung: 57,3%

Grafik: mt, niz / Quelle: Kanton Zürich

Prämieninitiative

Stadtkreise	Ja	Nein	% Ja
Kreis 1+2	5'955	6'778	46,8
Kreis 3	8'471	6'635	56,1
Kreis 4+5	7'586	5'451	58,2
Kreis 6	6'042	6'099	49,8
Kreis 7+8	7'975	11'211	41,6
Kreis 9	7'526	8'313	47,5
Kreis 10	7'224	7'361	49,5
Kreis 11	8'302	9'892	45,6
Kreis 12	3'362	3'324	50,3

Bezirke	Ja	Nein	% Ja
Affoltern	6'517	14'896	30,4
Andelfingen	3'917	10'461	27,2
Bülach	14'211	31'355	31,2
Dielsdorf	7'981	19'295	29,3
Dietikon	7'654	16'206	32,1
Hinwil	11'069	24'011	31,6
Horgen	13'166	27'723	32,2
Meilen	10'728	28'720	27,2
Pfäffikon	6'869	16'432	29,5
Uster	14'618	29'799	32,9
Winterthur	23'291	39'743	37,0
Zürich	62'443	65'064	49,0
Kanton	182'464	323'705	36,1

Stimmbeteiligung: 56,9%

Grafik: mt, niz / Quelle: Kanton Zürich

Kevin Brühlmann